

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dank für Ihren Artikel: „**Darmstadt will Afghanen aufnehmen**“.

Er spiegelt die Meinungsvielfalt des Stadtparlamentes allerdings lückenhaft dar.

Es fehlen allerdings die Meinungen von mehreren Fraktionen im Sinne der Spiegelbildlichkeit unseres Darmstädter Parlaments und mehr als jeder vierte Darmstädter Wähler.

Die AfD ergänzt deswegen mit folgender PRESSEERKLÄRUNG:

Staatsversagen zum Thema Afghanistan

Der deutsche Staat und seine Regierungsverantwortlichen haben nach Meinung der AfD Darmstadt komplett versagt. Die Geheimdienste haben rechtzeitig gewarnt und die deutsche Botschaft musste de facto ihre eigene Rettung selbst anstoßen und organisieren.

Große Teile der afghanischen Bevölkerung unterstützen nach Medienberichten die radikal-islamischen Taliban; trotzdem versuchte man innerhalb der letzten 20 Jahre, westliches Denken auf archaisch-fremde Kulturen wie die von Afghanistan zu übertragen, wo größtenteils ein extrem niedriger Bildungsstand herrscht.

Nach Ansicht der Darmstädter AfD hat Deutschland die moralische Pflicht, afghanische Hilfskräfte der Bundeswehr samt ihren Familien auszufliegen und ihnen in Deutschland eine sichere Zukunft zu gewähren.

Dabei ist es aber unzweifelhaft wichtig, den Begriff der einst helfenden Ortskräfte eng zu fassen, um einen erneuten Massenexodus unbedingt zu vermeiden und das Land nicht der Personen zu entziehen, die es stabilisieren und aufbauen können.

Zusammenfassung der Positionen der AfD Darmstadt:

- a) Hilfe vor Ort und in angrenzenden Ländern, die mehrheitlich islamisch sind (außer der moralischen Pflicht zur Aufnahme von afghanischen Bediensteten der Bundeswehr samt ihrer Familien)
- b) Nutzung der afghanischen Kräfte aus der Flüchtlingswelle 2015 für die diplomatischen Verhandlungen mit den Taliban, um eine Flüchtlingswelle wie 2015 zu vermeiden
- c) Stopp des weiteren Ausblutens der tragenden Kräfte für den Wiederaufbau von Afghanistan durch Evakuierung großer Teile der afghanischen Bevölkerung
- d) Die AfD Darmstadt fordert deshalb eine klare Definition des Begriffes "Ortskräfte", um eine erneute Fehlentwicklung bei der Flüchtlingspolitik zu vermeiden.
- e) Die Bundesregierung, insbesondere in der Person des Außenministers Heiko Maas, muss für ihr Totalversagen und für das verschuldete Leid an der afghanischen Bevölkerung die Verantwortung übernehmen.